

David Robert **Algerien** **zwischen Wandel** **und Stagnation**

Ein Jahr Präsidentschaft von Abdelaziz Bouteflika

Ein gutes Jahr ist es nun her, dass Abdelaziz Bouteflika die Präsidentschaftswahlen vom 15. April 1999¹⁾ gewonnen hat. Möglich wurde das eindeutige Ergebnis dadurch, dass die sechs anderen Mitbewerber sich einen Tag vor den Wahlen mit der Behauptung von Wahlmanipulation durch den Machtapparat zurückgezogen hatten. Präsident Bouteflika war auf diese Weise mit dem Makel einer illegitimen Wahl behaftet. Als Kandidat der Machtzirkel, wie er im Wahlkampf bezeichnet wurde, verband sich zunächst kein Neuanfang mit seinem Namen. Als langjähriger Außenminister unter Boumedienne war er viele Jahre Angehöriger des Machtapparates, der Algerien in die Krise und die Stagnation geführt hatte.

Bouteflika gelang es allerdings schnell, einen Stimmungswandel zu erzeugen und den Menschen Hoffnung zu geben. Als guter Redner und mit den Eigenschaften eines Volkstribuns ausgestattet schaffte er es, Bewegung in das Land zu bringen. In seiner ersten Rede nach der gewonnenen Präsidentschaftswahl am 29. Mai 1999 kündigte er eine Amnestie für die islamistischen Kämpfer an. Diese Amnestie verband er trotz Unterstützung durch das Parlament mit einem Referendum am 16. September 1999. Das Referendum erfüllte für Bouteflika zwei Funktionen: Erstens verschaffte es ihm die nötige Legitimation, die ihm aufgrund der nicht regulär verlaufenen Präsidentschaftswahl teilweise fehlte, und zweitens bot es ihm eine gute Gelegenheit, durch das Land zu reisen und mit Reden direkt bei der Bevölkerung für seine Politik zu werben.

Der OAU-Gipfel²⁾ in Algier (Juli 1999) und die Generalversammlung des UN-Sicherheitsrates in New

Nach einem Jahr Präsidentschaft kann Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika auf eine gemischte Bilanz blicken. Ihm ist es gelungen, Algerien aus der internationalen Isolation herauszuführen. Verbesserung der Beziehungen zu den USA und zu Frankreich, Präsidentschaft der OAU und Versuche, den Konflikt um die Westsahara beizulegen und damit die UMA wieder zu reaktivieren, zeugen von dem neuen Ansatz Algeriens in der Außenpolitik. Die Verabschiedung der *concorde civile* (Amnestiegesetz) durch ein Referendum brachte die Eindämmung des islamistischen Terrors voran. Zur Bilanz gehört aber auch, dass islamistische Gruppen nach wie vor morden, und eine wirkliche Diskussion darüber, wie islamistische und säkuläre Bevölkerungsgruppen zukünftig zusammenleben sollen, blieb bisher aus. Die Reformen im Bereich der Wirtschaft und der Verwaltung kamen bisher kaum von der Stelle. Über acht Monate dauerte es, bis StP Bouteflika seine Regierung bilden konnte. Der Einfluss der Armee, der ungebrochen ist, zeigte sich in dieser langen und immer wieder verschobenen Regierungsbildung. Ein Jahr nach der Präsidentschaftswahl blieb es unklar, ob es Bouteflika gelingen wird, die nötigen Reformen in der Gesellschaft in Gang zu setzen. Den Algeriern blieb nach wie vor die Hoffnung. Wie lange sie die Bevölkerung noch trägt, ist allerdings ungewiss.

1) Vgl. David Robert, „Vertagter Neubeginn – Algerien nach den Präsidentschaftswahlen vom 15. 4. 1999“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 8/99, S. 129-144.

2) OAU: Organisation der afrikanischen Einheit.

York (September 1999) boten gute Möglichkeiten, sich auch international in Szene zu setzen. Bei der Bevölkerung kamen diese Auftritte sehr gut an und gaben den Algeriern das Gefühl internationaler Anerkennung und Bedeutung zurück. Nach Jahren des Terrorismus, in denen das Land international marginalisiert war, gelang es Bouteflika zu verdeutlichen, dass Algerien wieder ein Akteur der internationalen Politik ist und nicht nur ein Krisenherd. Der OAU-Gipfel sorgte nach Jahren wieder für internationale Präsenz und rückte Algerien mit einem positiven Ereignis in den Mittelpunkt internationaler Beachtung.

Ebenso wurden die Auftritte Bouteflikas in New York, wo er die Sitzungspräsidentschaft innehatte, in der algerischen Presse euphorisch gefeiert. In Algerien verbreitete sich ein wenig das Gefühl: „Wir sind wieder da.“

Von den zahlreichen Problemen des Landes ist der innere Frieden nach Jahren des Terrors schon im Präsidentschaftswahlkampf das zentrale Anliegen gewesen. Der Ausgleich mit den Islamisten ist die notwendige Voraussetzung für die Bewältigung aller anderen gesellschaftlichen Herausforderungen, denen Algerien sich stellen muss. Die Zukunftsfragen Algeriens, die auch die Wahlkampfthemen Bouteflikas waren, sind:

- Belebung der Wirtschaft und ihre Umstrukturierung in eine Marktwirtschaft;
- Linderung der Wohnungsnot;
- Verwaltungsreform;
- Justizreform;
- Kampf gegen die Korruption;
- Verbesserung der rechtlichen Stellung der Frau und Änderung des *Code de la famille*.

Diese Anliegen beinhalten nicht alle notwendigen Reformgebiete, sondern nur die, die für eine Modernisierung des Landes unerlässlich sind.

Um diese gesellschaftlichen Reformen in Angriff zu nehmen, begann Bouteflika, die *concorde civile*, d.h. den Ausgleich mit den Islamisten, auf den Weg zu bringen.

Ferner wurde von Bouteflika erwartet, dass er möglichst schnell eine neue Regierung bildete, die all diese Reformvorhaben dynamisch und zielstrebig angehen würde. Die Regierungsbildung wurde zwar häufig angekündigt, aber erst am 24. Dezember 1999,

d.h. acht Monate nach der Wahl Bouteflikas, in die Tat umgesetzt. Gründe für diese lange Zeit der Regierungsbildung dürften unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Präsidenten und den Machtzirkeln der Militärs gewesen sein³⁾. Auch Bouteflika wird sich vom Einfluss der mächtigen Militärzirkel nicht lösen können. Schon sein Vorgänger Zeroual trat aufgrund von Differenzen mit den Militärs zurück und machte so den Weg frei für eine vorzeitige Präsidentschaftswahl. Ein weiterer Vorgänger, Präsident Boudiaf, wurde vom Militär ermordet, als er versuchte, eigenständig zu handeln.

3) J. Hehn & A. B. Lahouari, „Streit um Algeriens Armeeführung“, *Die Welt*, 4. 11. 1999.

Diese Vorgeschichten zeigen, dass Bouteflika einen Drahtseilakt zwischen Berücksichtigung der Interessen des Militärs und den politischen Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung vollbringen muss.

Die von ihm gebildete Regierung ist fast eine Allparteien-Regierung, die vom FLN (Front de Libération National), der alten Einheitspartei, über deren Abspaltung, dem RND (Rassemblement National Démocratique), dem laizistischen RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie) bis zur islamistischen Hamas-Partei reicht. Lediglich der sich sozialdemokratisch gebende FFS (Front des Forces Socialistes) ist in der Opposition. Die Gesellschaftsmodelle der in der Regierung vertretenen Parteien könnten kaum unterschiedlicher sein.

Die verschiedenen Ausrichtungen der Parteien war jedoch weniger das Problem der Regierungsbildung als die bereits erwähnten Militärzirkel. Die Regierung ist in erster Linie eine Technokraten-Regierung und zählt in ihren Reihen keine Personen mit politischem Eigengewicht. Beispielsweise ist der Minister für Privatisierung und Reformen, Temmar, zwar ein Wirtschaftsexperte und einer der herausgehobenen Minister in der Regierung, aber er verfügt über keine politische Hausmacht. Er arbeitete viele Jahre in den USA und ist vor allem aufgrund seiner Sachkenntnis und seines guten Verhältnisses zum Präsidenten ins Amt gekommen. Für einen Minister, der Konflikte durchstehen und, gerade im Bereich der Privatisierung, auch unbequeme Entscheidungen verantworten muss, ist ein Agieren ohne Machtbasis nicht besonders förderlich.

Diese Einschätzung gilt auch für den parteilosen Regierungschef Ahmed Benbitour, der ein Wirt-

schaftsexperte ist, der in Montreal/Kanada studiert und dort mit der Promotion und einem MBA in Verwaltungswissenschaften abgeschlossen hat. Im Gegensatz zu Minister Temmar verfügt Benbitour über politische Erfahrung, da er mehrere Male Finanzminister war.

Das wichtige Verteidigungsministerium wird von Staatspräsident Bouteflika selbst wahrgenommen. Hierbei handelt es sich um ein Schlüsselressort, da die Armee seit dem Unabhängigkeitskampf der bestimmende Faktor im Lande ist. Die Entscheidung darüber, wer das Verteidigungsministerium lenkt, ist somit eine Überlebensfrage für Bouteflika und die Regierung.

Bouteflika kann nur wirken, indem er immer wieder die Unterstützung der Bevölkerung für sich mobilisiert. Dies ist seine wichtigste Basis gegenüber dem Machtanspruch des Militärs.⁴⁾

4) Zum Militär vgl. José Garçon et Pierre Afferzi, „L'armée algérienne: le pouvoir de l'ombre“, in: *Pouvoirs. Revue française d'études constitutionnelles et politiques*. N° 86, L'Algérie, 1998.

Inwiefern dieses Kalkül aufgeht, wenn Bouteflika darangeht, Vorhaben wirklich umzusetzen, und somit Widerstand in der Bevölkerung findet, bleibt abzuwarten.

Bisher wirkte er nur durch Reden und die Amnesierung der islamistischen Terroristen. Nach Jahren des zum Teil bestialischen Terrors sehnt sich die Gesellschaft nach Frieden und akzeptiert in der Mehrheit den Ausgleich mit den Islamisten. Bei vielen anderen Vorhaben, wie z.B. der Privatisierung der Wirtschaft, der Änderung des Code de la famille oder der Verwaltungsreform, wird es Interessensgegensätze und somit Konflikte geben.

Auch der Konflikt mit den Islamisten ist durch die *Concorde civile* nicht beendet worden. Die islamistischen Ideen existieren fort und bedürfen langfristig einer gesellschaftlichen Diskussion und der Suche nach einem Ausgleich.

Was jetzt von Bouteflika versucht wird, ist eine Beruhigung der Lage, man könnte sagen, eine Vereinbarung, sich vorerst nicht mehr umzubringen. Eine gemeinsame gesellschaftliche Vision ist damit noch nicht entstanden. Damit soll nicht verkannt werden, dass eine Beruhigung ein großer Fortschritt und die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Selbstfindung ist.

Ein Jahr nach der Präsidentschaftswahl ist Algerien wieder von Hoffnung erfüllt. Die Reden des

Präsidenten und seiner Regierung müssen aber irgendwann in Handeln übergehen.

Im Folgenden soll auf den Gebieten innere Sicherheit und Ausgleich mit den Islamisten, Reform der Wirtschaft und schließlich Außenpolitik die Präsidentschaft Bouteflikas nach einem Jahr beleuchtet werden.

■ Innere Sicherheit und Ausgleich mit den Islamisten

Seit der Annullierung der Parlamentswahlen 1991 befindet sich Algerien in einer Krisensituation⁵⁾. Die Annullierung der Wahlen beantwortete der erfolgreiche FIS mit Gewalt. Hieraus ging eine Welle des Terrorismus hervor, den manche auf seinem Höhepunkt schon als Bürgerkrieg bezeichneten. Nach Schätzungen sind in diesen Jahren des Terrors insgesamt 100 000 Menschen umgekommen. Wieviele Menschen verletzt, traumatisiert oder vergewaltigt wurden, bleibt unklar, aber die Zahl dürfte um ein vielfaches höher liegen. Fast keine Familie ist von diesen Jahren der Gewalt unberührt geblieben⁶⁾.

Darüber hinaus erlitt das Land einen Aderlass an Intellektuellen, die ermordet wurden oder ins Ausland flüchteten, der nur schwer wieder wettzumachen sein wird. Für die nun beginnende Phase der Demokratisierung dürfte sich der Verlust von vielen Mitgliedern der Intelligenz negativ auswirken. Das zum Erliegen gekommene intellektuelle Leben, welches für die notwendigen gesellschaftlichen Diskurse unentbehrlich ist, wird sich erst allmählich wieder entwickeln.⁷⁾

Nach seiner Wahl zum Präsidenten machte sich Bouteflika daran, den bereits 1997 zwischen den Militärs und der AIS ausgehandelten Waffenstillstand in eine rechtsstaatliche Form zu überführen. Das von ihm daraufhin entworfene Gesetz über bürgerliche Eintracht (Amnestiegesetz) wurde am 8. und am 13. Juli 1999 im Parlament und im Senat verabschiedet. Am 16. September 1999 folgte dann das Referendum, in dem sich die Bevölkerung bei einer offiziell angegebenen Beteiligung von rund 85 Prozent mit großer Mehrheit (98,63 Prozent) für den Kurs des Präsidenten aussprach. Selbst in Regionen, die besonders vom Terror heimgesucht waren, fand das Referendum breite Unterstützung. Bis zum 13.

5) Vgl. Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, *Nahost Jahrbuch 1991*, S. 55-57. Opladen 1992.

6) Zu Gewalttraumata vgl. Véronique Taveau, *L'Algérie dévoilée*. 1999.

7) Zum algerischen Islamismus vgl. Séverine Labat, *Les islamistes algériens*, Paris 1995.

8) Vgl. zur *concorde civile*: *Monde arabe, Maghreb-Machrek*, Nr. 166, Oktober/November 1999, S. 121-124. Weiterführend zu den politischen Rahmenbedingungen der *concorde civile*. Hamid Kechad, *Concorde Bouteflika-Madani. La paix des cimetières*, Algier 2000.

9) Vgl. FAZ, 27.12.1999. Hans-Christian Rößler, „Ein blutiger Ramadan gefährdet die Versöhnung“.

Januar 2000 sollten die Mitglieder aller bewaffneten Gruppen von der *concorde civile*⁹⁾ profitieren können. Die *concorde civile* stellt keine Generalamnestie dar. Die betroffenen Personen müssen sich von der Gewalt lossagen und können dann, je nach Schwere der begangenen Straftaten, entweder

- eine Strafbefreiung,
- eine Aussetzung ihrer Strafe für eine genau geregelte Bewährungszeit,
- oder, in schwereren Fällen, lediglich eine Strafreduzierung bekommen.

Die Entscheidung darüber, welche islamistischen Kämpfer in den Genuss der Regelungen kommen, fällt ein Komitee, welches nach Art. 14 des Gesetzes in jeder Wilaya eingerichtet wird. Die Komitees setzen sich nach Art. 15 zusammen aus:

- dem örtlichen Staatsanwalt (Vorsitzender des Komitees),
- einem Vertreter des Verteidigungsministeriums,
- einem Vertreter des Innenministeriums,
- dem Kommandanten der lokalen Gendarmerie,
- dem Sicherheitsbeauftragten der Wilaya,
- dem Vorsitzenden der Anwaltskammer oder seinem bevollmächtigten Stellvertreter.

Bis zum 13. Januar 2000 sollen ca. 1800 Mitglieder der bewaffneten Gruppen der GIA und ähnlicher Verbände die Waffen niedergelegt haben. Dazu kommen noch ca. 2400 AIS-Kämpfer, die nicht unter das Amnestiegesetz fallen, da sie sich bereits vorher auf eine Beendigung des Kampfes eingelassen haben. Im Dezember 1999 erklärte der AIS seine Selbstauflösung. Die Regierung unterstützt die Integration der AIS-Kämpfer in die Gesellschaft mit Wiedereingliederungshilfen. Trotz der Vereinbarungen mit der AIS und des Amnestiegesetzes bleiben viele GIA-Gruppen kampfbereit. Im Ramadan Dezember 1999/Januar 2000 sind rund 180 Menschen getötet worden⁹⁾. Diese Zahl liegt zwar deutlich unter denen der vergangenen Jahre, zeigt aber, dass die Gewalt noch nicht gänzlich besiegt ist. Die von Algerien als „Restterror“ bezeichnete Gewalt kann sich noch über Jahre hinziehen. Die Möglichkeit der Annahme der Amnestie wurde zwar verlängert, aber auch dies wird nicht alle islamistischen Kämpfer zur Aufgabe veranlassen. Hinzu kommt, dass es in einem Land, in dem die *Vendetta* (Blutrache) noch üblich ist, in den näch-

sten Jahren noch viele Vergeltungsmorde an Angehörigen von Islamisten geben wird. Der Staat wird sie nicht völlig schützen können. Dies dürfte für viele GIA-Mitglieder auch ein Grund sein, ihre Waffen nicht niederzulegen.

Die Wiedereingliederung der Kämpfer in die Gesellschaft ist eine der großen Aufgaben Bouteflikas. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage dürften Spannungen vorgezeichnet sein, wenn der Staat ehemaligen GIA-Mitgliedern behilflich ist, Arbeitsplätze zu finden und eventuell noch anderweitig finanzielle Unterstützung leistet. Dies dürfte bei vielen Angehörigen der Opfer, die selbst unter Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot leiden¹⁰⁾, auf wenig Verständnis stoßen.

Als Bouteflika die von den Militärs ausgehandelten Vereinbarungen mit der AIS umsetzte und anschließend das Versöhnungsgesetz auf den Weg brachte, kam er zwar einem Bedürfnis nach Frieden nach, dies dürfte aber nur vorübergehend darüber hinwegtäuschen, dass eine grundsätzliche öffentliche Debatte über die algerische Gesellschaft der Zukunft noch aussteht. Im Moment ist jeder froh, dass das Morden weniger wird und die Hoffnung besteht, dass es in Zukunft völlig aufhört. Die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung und der Identität der algerischen Gesellschaft bleibt trotzdem noch ohne Antwort. Hierbei handelt es sich nicht mehr um den Gegensatz Gottestaats oder säkularer Staat, aber doch um die Frage wie islamisch/arabisch oder wie westlich Algerien sein möchte. Deutlich wird diese Zerrissenheit daran, dass Bouteflika einmal kritisiert wird, wenn er seine Reden auf Französisch hält, andererseits wird er ebenfalls kritisiert, wenn er klassisches Arabisch spricht, da viele seiner Landsleute ihm nicht folgen können, da sich die algerisch-arabische Alltagssprache vom Hocharabischen deutlich unterscheidet.

Fraglich ist, ob die Kampfmüdigkeit, auf welcher die Versöhnungspolitik bisher beruht, anhält, wenn die ökonomischen und sozialen Probleme, die in hohem Maße Grund für die Popularität des FIS waren, nicht bald gelöst werden. Es darf nicht vergessen werden, dass der Versöhnung kein wirklicher gesellschaftlicher Ausgleich oder Kompromiss zugrunde liegt. Viele Algerier hegen die Hoffnung, dass der

10) Vgl. Rainer Hermann, „Algerien auf dem Weg aus dem blutigen Alptraum“, *FAZ*, 1.2.2000; Markus Bernath, „Algeriens Terroristen kommen wieder nach Hause“, *FAZ*, 9.3.2000.

Terror, der erlahmt ist, mit dem Voranschreiten der Demokratisierung und der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik wie ein böser Geist verschwinden wird. Große Zweifel sind jedoch angebracht, ob die islamistische Herausforderung nur Ausdruck der Frustration über die gesellschaftliche Stagnation und den Verfall der Wirtschaft war oder nicht auch Indikator für die Orientierungslosigkeit einer postkolonialen Gesellschaft. Wenn die algerische Gesellschaft sich keine Rechenschaft darüber ablegt, warum viele Menschen mit der FIS sympathisierten, bevor diese mit ihrer blutrünstigen Mordkampagne begann, wird es schwer sein, die Krise, die nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige ist, zu überwinden.

In diesen Kontext gehört ebenfalls das Thema der Korruption und die Durchsetzung der Gesellschaft mit mafiosen Netzwerken der einzelnen militärischen Machtzirkel¹¹⁾. Bouteflika kündigte zwar ein Vorgehen gegen die Korruption an, es bleibt aber abzuwarten, ob er hierbei erfolgreich sein kann. Der Kampf gegen die Korruption käme einer Herausforderung der mächtigen Generäle gleich. Die Themen Korruption und Islamismus gehören insofern zusammen, als beide Bereiche für ein geistiges Vakuum stehen. Ein Jahr Bouteflika lässt bisher nicht erkennen, in welcher Form sich der Präsident eine zukünftige Lösung vorstellt. Bisher versucht der Präsident, sich als allein Handelnden zu präsentieren. In typischer arabischer Manier versucht er, die Parteien noch stärker zu marginalisieren, als es bisher schon der Fall war und somit als der Entscheider, der Handelnde aufzutreten. Gerüchte, die davon sprechen, dass der Staatspräsident daran denkt, eventuell die Verfassung zu ändern und eine längere Amtszeit für den Präsidenten zu ermöglichen, sind keine ermutigenden Zeichen für eine vom Präsidenten gewollte Demokratisierung der Gesellschaft. Ohne Frage steht Staatspräsident Bouteflika vor einer Herkulesaufgabe bei dem Versuch, dem Land Frieden zurückzugeben. Trotzdem sollte er bedenken, dass der innere Frieden, wenn er wirklich dauerhaft sein soll, mehr bedeutet als nur, einige Tausend Kriminelle zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Bouteflika hat sicher „Macher“-Qualitäten, aber eine große Linie konnte er bisher noch nicht vorgeben. Wenn die Erleichterung über den Rückgang des Terrors nach-

11) Zum Ausmaß der Korruption vgl. u.a. Djellali Hadjadj, *Corruption et démocratie en Algérie*. Paris 1999.

lässt, wird die Frage nach der Vision für Algerien wieder auf die politische Tagesordnung kommen.

■ Reform der Wirtschaft

Das zweite große Versprechen Bouteflikas war die Reform der maroden Wirtschaft. Sowohl im Präsidentschaftswahlkampf als auch im Regierungsprogramm, welches im Januar 2000 vorgelegt wurde, nimmt die Umstrukturierung der Wirtschaft einen zentralen Stellenwert ein. Im Wahlkampf äußerte sich Bouteflika noch zweideutig, da er einerseits für die Einführung der Marktwirtschaft und somit auch für Privatisierung eintrat, andererseits aber immer wieder betonte, dies müsse sozialverträglich umgesetzt werden. Angesichts seiner Vergangenheit im sozialistischen System Algeriens unter Boumedienne blieb eine gewisse Unsicherheit bestehen, wie ernst er es mit der Marktwirtschaft wirklich meinte. Nach seiner Wahl zum Präsidenten wurde kein wirtschaftspolitisches Programm vorgelegt, sondern es blieb im Wesentlichen bei wirtschaftsfreundlicher Rhetorik. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Privatisierung wurden bereits vor seiner Amtszeit eingeführt. An ihm liegt es nun, diese mit Leben zu erfüllen und umzusetzen. In Algerien wird seit Jahren viel über Privatisierung gesprochen, doch ist diesbezüglich bisher wenig geschehen. Alle Vorlagen des Privatisierungsrates, der die Unternehmen bewertet und für die Privatisierung vorschlägt, sind bislang im Regierungsapparat liegen geblieben.

Nach der Wahl geschah bezüglich der Umgestaltung der Wirtschaft erst einmal nichts, da man auf die Bildung der neuen Regierung wartete. Auch nach der Regierungsbildung im Januar 2000 gab es kein Aktionsprogramm zur wirtschaftlichen Belebung. Die neue Regierung bekennt sich im Regierungsprogramm zwar eindeutig zum privaten Sektor und zur Privatisierung, aber dem folgten bisher keine Handlungen. Dies gilt ebenso für die Reform der Landwirtschaft und die Umgestaltung des Bankensektors¹²⁾ in Algerien.

Den Willensbekundungen, die wirtschaftlichen Reformen umsetzen zu wollen, sind bisher unter Bouteflika keine Taten gefolgt. Ob die Privatisierung nun unter Minister Temmar zügiger vonstatten geht, muss abgewartet werden. Vor allem die mit der Pri-

12) Zum Bankensektor vgl. Mourad Chikhi, „Réformes et modernisation du secteur bancaire et financier algérien: situation et perspectives“, S. 97-105, in: Reiner Biegel (ed.), *Banques et développement économique*, Tunis 1999. Ferner FAZ, 12. 2. 2000, „Algerien sucht für seine staatlichen Banken ausländische Partner.“

vatisierung verbundenen sozialen Probleme stellen ein großes Hindernis dar, weil die soziale Situation einerseits bereits katastrophal ist und andererseits, weil aufgrund der jahrelangen sozialistischen Denkweise radikale marktwirtschaftliche Schritte nicht das nötige Verständnis finden würden.

Alle Maßnahmen, die Algerien bisher auf dem Weg zu einer Marktwirtschaft umgesetzt hat, wurden bereits vor der Amtsübernahme von Bouteflika vollzogen¹³⁾. Seit der großen Öl- und Finanzkrise in Algerien im Jahre 1986 wird mit Hilfe von Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des IWF versucht, die Wirtschaft umzugestalten. Seit Anfang der neunziger Jahre läuft die Umgestaltung der ehemaligen Staatswirtschaft in eine Marktwirtschaft¹⁴⁾: Die Preiskontrolle wurde aufgehoben, ebenso die zentrale Investitionslenkung der Unternehmen durch das Finanzministerium. Im Jahre 1993 wurde ein neues Investitionsgesetz verabschiedet und 1995 das bis heute gültige Privatisierungsgesetz, welches auch die Bildung des Privatisierungsrates vorsah. Dieser Privatisierungsrat ist für die Bewertung der zu privatisierenden Unternehmen verantwortlich. Seit 1993 sind rund 30 000 Kleinbetriebe gegründet worden. Heute, im Jahre 2000, gibt es rund 40 000 Kleinbetriebe. Im Jahre 1996 versuchte die Regierung diese Dynamik im Unternehmerbereich durch ein spezielles Förderprogramm für Mikro-Unternehmen weiter zu forcieren. Dieses Programm sah vor, dass die jungen Existenzgründer, in der Regel Hochschulabsolventen (Durchschnittsalter 28 Jahre), 90 Prozent ihres Gründungskapitals als Risikokapital von der Bank bekommen könnten und lediglich zehn Prozent Eigenmittel vorweisen müssten. Bis zum Jahr 2000 konnten so rund 27 000 Mikro-Betriebe gegründet werden, die einen Umsatz von 800 Millionen Dollar im Jahr erzielen und rund 100 000 Arbeitsplätze geschaffen haben. Über 25 Prozent der jungen Existenzgründer haben auch bereits ihre Kredite zurückgezahlt. In diesem Bereich der Klein- und Mikro-Betriebe konnte Algerien in den letzten Jahren eine große Dynamik entwickeln. Dies korrespondiert auch mit der Verbesserung der Rahmendaten der Wirtschaft.

So konnte die Inflation von 39 Prozent im Jahre 1994 auf sechs Prozent 1997 und rund zwei Prozent

13) Vgl. Nachida M'hamsadji, *5 essais sur l'ouverture de l'économie algérienne*. Alger 1998.

14) Zu diesen Anfängen im Überblick. Hans Hopfinger (ed.), *Economic Liberalization and Privatization in Socialist Arab Countries*, 1996 Gotha, S. 189-197.

1999 reduziert werden. Ebenso lag das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren bei rund vier Prozent. Die Devisenrücklagen konnten von 1,5 Milliarden US-Dollar 1993 auf rund acht Milliarden Dollar 1997 gesteigert werden. Verbesserungen gab es auch beim Haushaltsdefizit, welches von 8,7 Prozent 1993 auf rund 2,7 Prozent 1997 sank¹⁵⁾.

Der positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Trotz ist die industrielle Produktion im Vergleich zu 1989 in den meisten Bereichen niedriger, mit Ausnahme des Erdölbereichs, der das wirtschaftliche Rückgrat Algeriens bildet.¹⁶⁾

Die Staatseinnahmen gehen ausschließlich auf den Erdöl- und Erdgassektor zurück (98 Prozent). Einen anderen bedeutsamen Sektor der Exportwirtschaft gibt es nicht. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach Schätzungen rund 45 Prozent und unter Jugendlichen sogar rund 60 Prozent. Diese hohen Arbeitslosenzahlen können nur durch die Tatsache ertragen werden, dass fast eine Million Menschen im informellen Sektor arbeitet und Geld verdient. Nach Schätzungen wissenschaftlicher Institute¹⁷⁾ leistet der informelle Sektor einen Beitrag von rund 30 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt. Fast 17 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitet in diesem Bereich.

Ein weiterer belastender Faktor für den Wirtschaftsbereich sind die rund 300 000 jungen Menschen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen. Bis zum Jahre 2010 muss Algerien ein jährliches Wirtschaftswachstum von sechs Prozent erreichen und 300 000 neue Arbeitsplätze schaffen, um der Bevölkerungsentwicklung Rechnung zu tragen. Von den 30 Millionen Einwohnern Algeriens sind rund 70 Prozent jünger als 30 Jahre. In den nächsten Jahren wird Algerien einen enormen Bevölkerungsschub erleben. In der Vergangenheit stieg die Bevölkerung von neun Millionen im Jahre 1962 auf 30 Millionen Einwohner heute. Die Einwohnerzahl der Hauptstadt Algier verzehnfachte sich in dieser Zeit. Die Herausforderungen in den Bereichen Arbeitsplätze und Wohnraum werden somit durch die Binnenwanderung vom Land in die Städte noch einmal verschärft.

Nicht berücksichtigt ist in dieser Skizze die Anzahl der Arbeitsplätze, die benötigt werden, um Ent-

15) Zu wirtschaftlichen Rahmen-daten vgl. unveröffentl. Vortrag Rédha Amrani, „L'entreprise algérienne à l'heure de la mondialisation“, April 2000. Ferner Arslan Chikhaoui, „Overview of the Algerian economic and political situation“, Vortrag vor dem Weltwirtschaftsforum Davos im Januar 1999.

16) Michel Chatelus, „Nouvelles orientations de la politique pétrolière algérienne“, in: *Monde arabe. Maghreb-Machrek*. N° 166. Oktober/November 1999. S. 13-15.

17) CENEAP (Centre National d'Etudes et d'Analyses pour la Planification et le Développement), Rédha Amrani.

lassungen durch Privatisierung zu kompensieren. Weltweite Beispiele und nicht zuletzt die Erfahrungen in den neuen Bundesländern in Deutschland zeigen, dass beim Versuch, Staatsunternehmen rentabel zu machen, Entlassungen nicht ausbleiben. Im Jahre 1994 machte Algerien bereits Erfahrungen mit Massenentlassungen, als die ersten Schritte zur Strukturanpassung in der algerischen Wirtschaft begannen. Seitdem wurden rund 600 000 Menschen arbeitslos.

Dass die seit 1995 begonnene Privatisierungspolitik nur zögerlich vonstatten geht, dürfte auch auf diesen Erfahrungen basieren, zumal in Algerien die Gefahr besteht, dass frustrierte und hoffnungslose Menschen den Weg in die Gewalt gehen. Schon heute nimmt man an, dass viele Gewaltverbrechen nicht mehr islamistisch motiviert, sondern armutsbedingt sind.

Bisher hat Staatspräsident Bouteflika der bereits begonnenen Umstrukturierung der Wirtschaft keine neue Dynamik verliehen. Auch auf den Gebieten der Verwaltungsreform und der Korruptionsbekämpfung, die der wirtschaftlichen Entwicklung ebenfalls förderlich wären, zeigte er bis jetzt keine Aktivitäten.

Es wird zwar in Algerien viel über Privatisierung und ausländische Investitionen gesprochen, doch gibt es wenig ordnungspolitische Vorstellungen, in welcher Form die zukünftige algerische Marktwirtschaft gestaltet werden soll.

Ein weiteres Hindernis ist die bei vielen Verantwortlichen vorherrschende Meinung, Privatisierung werde dem Staat Geld bringen. Die Einsicht, dass es bei der Privatisierung nicht um das Verkaufen geht, sondern darum, die Betriebe mit den neuen Besitzern zukunftsfähig und für die Weltwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen, ist noch nicht ausreichend entwickelt, obwohl Wirtschaftsminister Temmar neuerdings ein Umdenken in diesem Bereich signalisiert.¹⁸⁾

Wenn der Staatspräsident und die Regierung nicht bald einen Fahrplan für die weitere Umstrukturierung in eine Marktwirtschaft vorlegen, könnte die in der Bevölkerung bestehende Hoffnung verloren gehen. Die Umgestaltung an sich ist ein schwieriger Prozess, der den Betroffenen viel Geduld abverlangt. Wenn die politische Führung außerdem den Eindruck vermittelt, sie trete auf der Stelle, dann könnte dies schon in naher Zukunft zu Spannungen führen.

18) Vgl. Interview mit Wirtschaftsminister Temmar. *Jeune Afrique/L'Intelligent*. Nr. 2050-2051. April/Mai 2000, S. 84-85.

Gründe für das behutsame Vorgehen Bouteflikas könnten zum Teil darin liegen, dass die Privatisierung direkt Wirtschaftsinteressen der Militärs zirkelt und Reformversuche deshalb immer wieder blockiert werden. Viele monopolartige Verhältnisse werden durch die Umgestaltung der Wirtschaft bedroht. So gibt es z.B. bisher keine Partei, die als Interessenvertretung der Wirtschaft auftritt, obwohl Wirtschaft neben dem inneren Frieden das zentrale Thema in Algerien ist. Es gibt mehrere Arbeitgeberverbände, die jedoch eher der verlängerte Arm der Militärs zirkel als wirkliche Repräsentanten ihrer Mitgliedsunternehmen sind. An anderen Wirtschaftsvereinigungen mangelt es ebenfalls noch und weder eine Diskussion noch ein Nachdenken über die Belange der Wirtschaft kommen somit zustande. Die organisatorische Schwäche wie auch der Führungsstil Staatspräsident Bouteflikas, der nicht unbedingt auf Diskurs setzt, stehen dem entgegen. Die mangelhafte Strukturierung der gesellschaftlichen Interessen sieht der Präsident bisher als Vorteil an, da diese Situation ihm das ohnehin mühsame Regieren nicht noch weiter erschwert.

■ Außenpolitik

Im außenpolitischen Bereich zeigte Staatspräsident Bouteflika in seinem ersten Regierungsjahr neben dem Waffenstillstand mit den Islamisten die meisten Aktivitäten. Es war von Anfang an Ziel Bouteflikas, Algerien zurück auf die internationale Bühne zu bringen. Als langjähriger Außenminister unter Boumedienne brachte er auf diesem Politikfeld auch die meiste Erfahrung mit.¹⁹⁾

Bouteflika bemühte sich, das Verhältnis zu den Maghreb-nachbarn wieder zu verbessern, insbesondere das Verhältnis zu Marokko, das wegen der Westsahara-Frage stark belastet ist. Nachdem Bouteflika zuerst Verständigungsbereitschaft zeigte, kam es letztlich doch nicht zur erhofften Öffnung der Grenze, welche seit 1994 geschlossen ist. Vorwürfe, Marokko unterstütze Terroristen, wurden nach einem Anschlag in der algerischen Grenzregion laut. Bouteflika nutzte dies wahrscheinlich aus innenpolitischen Gründen, um mit starken Worten Marokko anzugreifen. Seitdem tritt die Normalisierung der marokkanisch-algerischen Beziehungen auf der Stelle.

19) Überblick über die Außenpolitik Bouteflikas in dieser Zeit gibt Nicole Grimaud, *La politique extérieure de l'Algérie*, 1994.

Wesentlich positiver gestaltete sich die Entspannung, die Bouteflika Frankreich gegenüber einleitete. Besuche von französischen Ministern und die Vorbereitung eines Staatsbesuchs von Präsident Chirac sind Ausdruck der besseren Stimmungslage. Selbst die *Pieds noirs* und die *barkis*, d.h. die ehemaligen französischen Siedler und die Algerier, die mit der Kolonialmacht zusammengearbeitet haben und deshalb seit der Unabhängigkeit geächtet werden, werden zur Rückkehr nach Algerien aufgefordert. Die Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich dürfte Staatspräsident Bouteflika auch mit Blick auf die Europäische Union betreiben, da Algerien in Verhandlungen über einen Assoziierungsvertrag mit der EU und über die Teilnahme am MEDA-Programm der EU steht.²⁰⁾ Obwohl es in Algerien sehr viel Skepsis gegenüber einem Assoziierungsvertrag gibt, dürfte es letztlich angesichts eines EU-Anteils von 70 Prozent an den algerischen Exporten keine Alternative geben.

20) Vgl. Schumacher, Tobias (1998), *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union. Gemeinschaftliche Assoziierungspraxis gegenüber Algerien, Marokko und Tunesien*. Wiesbaden, Ferner FAZ, 2.2.2000, „Algerien und die EU kommen sich näher.“

Den Gipfel der OAU in Algier im Juli 1999 und die Sitzungspräsidentschaft von Staatspräsident Bouteflika bei der Generalversammlung in New York haben gezeigt, dass Algerien wieder eine internationale Rolle spielen möchte. Dies dürfte für Bouteflika auch ein persönliches Anliegen sein, da er in seiner Zeit als Außenminister sehr aktiv internationale Politik im Rahmen der Blockfreien-Bewegung betrieben hat.

Ob der von Algerien angestrebte Führungsanspruch in der Maghreb-Region akzeptiert wird, insbesondere von Marokko und Libyen, muss sich noch zeigen. Angesichts des Ölpotentials, welches das Rückgrat Algeriens ist, sind die mittelfristigen Aussichten, dieses Ziel zu erreichen, nicht schlecht. Die Beziehungen zur Weltmacht USA gestalten sich ebenfalls positiv, da das Engagement amerikanischer Firmen im Ölsektor sowie die strategische Bedeutung Algeriens, insbesondere auch als Gegengewicht zu Libyen, für die USA von Interesse sind. Nicht erst seit der Eizenstat-Initiative, welche die Maghrebstaaten Marokko, Algerien und Tunesien gemeinsam mit den USA zu einer Freihandelszone verbinden möchte, verfolgen die USA das Geschehen in Algerien mit großem Interesse. Die Hinwendung zur Demokratisierung und vor allem der Versuch, eine politische Lösung für die islamistische Herausforderung zu fin-

den, stoßen auf die Zustimmung der USA. Während der Jahre des islamistischen Terrors kritisierten die USA die algerische Führung wegen Menschenrechtsverletzungen und aufgrund ihres starren Festhaltens an einer militärischen Lösung.²¹⁾

Hauptziele der amerikanischen Algerienpolitik sind:

- Eindämmung des Terrorismus,
- Unterstützung der wirtschaftlichen Reformen,
- Ausweitung des politischen Prozesses.²²⁾

Nach der Wahl von Bouteflika sind die USA überzeugter als unter dem ehemaligen Präsidenten Zeroual, dass diese drei Ziele auch von der algerischen Regierung verfolgt werden.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik konnte Bouteflika am eindrucksvollsten die Veränderung verdeutlichen, die mit ihm im Lande stattfindet. Dies ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: einerseits dient das von ihm dargestellte positive Algerienbild langfristig dazu, das Vertrauen ausländischer Investoren in das Land zu stärken. Algerien ist ferner darauf angewiesen, dass die internationale Staatengemeinschaft, d.h. natürlich die EU und die USA, den Reformprozess durch Finanzhilfe abstützt. Da Algerien eine soziale Abfederung der Einführung der Marktwirtschaft und der mit ihr einhergehenden Privatisierung nicht leisten können, kann dies nur mit ausländischer Hilfe geschehen.

Der zweite Grund für die aktive Rolle in der Außenpolitik ist sicherlich die Tatsache, dass der Präsident den auf der internationalen Beachtung beruhenden Stolz der Algerier stärken und leicht in Unterstützung für seine Person umwandeln kann.

Obwohl der Ausgleich mit Marokko nicht gelungen ist und die Wiederbelebung der UMA, der Union der Maghrebstaaten, nach hoffnungsvollen Ansätzen im ersten Halbjahr 1999 wieder zu versanden droht, ist die Außenpolitik sicherlich der stärkste Aktivposten in der Bilanz von Staatspräsident Bouteflika.

■ Ausblick

Nachdem Bouteflika während des Präsidentschaftswahlkampfes als Kandidat der Macht galt und sein Name nicht unbedingt für einen Neuanfang stand, ist er in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft schnell für viele Algerier zum Hoffnungsträger geworden. Die Fortführung und Umsetzung der Ver-

21) Vgl. Fawaz A. Gerges, *America and Political Islam*, New York 1999, S.144-170.

22) Vgl. Fawaz A. Gerges, S. 149.

einbarungen mit den Islamisten machten ihn sowohl national als auch international populär. Als guter Redner nutzte er auch die Möglichkeiten, die ihm die Kampagne für das Referendum zum Amnestiegesetz am 16. September 1999 bot. Er bereiste alle Landesteile und warb für seine Politik.

In die Außenpolitik konnte Bouteflika ebenfalls Bewegung bringen. Die Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich und eine aktivere Rolle Algeriens in der UMA sowie auf internationalen Konferenzen brachten das Land zurück auf die internationale Bühne. Es muss allerdings festgestellt werden, dass Bouteflika dort, wo wirklich Entscheidungen gefragt worden wären, die gegebenenfalls auch gegen den Widerstand in einflussreichen Kreisen Algeriens hätten durchgesetzt werden müssen, den letzten Schritt nicht gewagt hat. So machte er zwar Andeutungen darüber, dass eine Lösung des Westsahara-Konfliktes mit Marokko möglich sei, substantiell ist allerdings nichts geschehen.

Ähnlich ist auch sein Verhalten in der Wirtschaftspolitik, wo er und seine neue Regierung zwar rhetorisch die Umstrukturierung vorantreiben, in konkreten Fragen jedoch nur die Reforminstrumente seines Vorgängers fortführen. Durch Handlungen und Entscheidungen bekam der Reformprozess bisher keine weiteren Impulse. Ähnlich sieht es auf anderen Reformgebieten aus wie Verwaltungsreform, Justizreform, *code de la famille* etc. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Aufbruchstimmung, in die Bouteflika nach seiner Wahl das Land versetzte, ihn noch tragen wird. Sollte das erste Jahr der im Dezember 1999/Januar 2000 ins Amt gekommenen Regierung genauso verlaufen wie das erste Präsidentschaftsjahr, sind neue soziale Spannungen vorprogrammiert.

Auf dem Gebiet der Demokratisierung gab Bouteflika ebenfalls keine weiteren Impulse. Nicht unbegründet dürfte die Befürchtung sein, dass sein Hang zur Rolle des Volkstribuns den politischen Prozess eher gefährdet als fördert. Hier kommt die Verantwortung allerdings auch den politischen Parteien zu, die bisher mehr an der Teilhabe der Macht interessiert sind als daran, ihren Wirkungskreis gegenüber dem Präsidenten zu vergrößern. Die Tatsache, dass bis auf den FFS (Front des Forces Socialistes) alle im Parlament vertretenen Parteien in der Regierung

sind, dürfte der notwendigen Diskussion über den Ausgleich mit den Islamisten, die zukünftigen Wirtschaftsform und anderen Reformen nicht gerade förderlich sein. Bei seinen Bemühungen, das Land weiter zu befrieden, kann sich der Präsident noch auf den Friedenswillen der überwältigenden Mehrheit stützen, bei allen anderen Reformen dürfte dies jedoch nicht so einfach sein. Ein gutes Beispiel ist die Diskussion über eine mögliche Privatisierung des Erdölkonzerns Sonatrach.²³⁾

Trotz der großen Probleme, vor denen Algerien steht, hat das Land nach Jahren des Terrors wieder Zukunft. Auf dem Höhepunkt der Anschläge durch die islamistischen Gruppen befürchteten einige eine „Libanisierung“ Algeriens und eine Flüchtlingswelle nach Europa. Dieses Schicksal ist dem Lande ebenso erspart geblieben wie die Umwandlung in einen islamistischen Staat.²⁴⁾ Heute dagegen besteht für Algerien die Chance, sich zur Demokratie zu wandeln und mit Hilfe seines Öls eventuell auch die Wirtschaftskrise zu meistern. Vieles wird davon abhängen, ob Bouteflika zu mutigen und konsequenten Entscheidungen in der Lage ist. Obwohl die Gefahr groß ist, im Spannungsfeld zwischen Islamismus, Militär, Korruption und Wirtschaftskrise in taktischer Starre zu verharren, hat Algerien erstmals seit vielen Jahren wieder Hoffnung auf Verbesserung.

Das Manuskript wurde am 5. Mai 2000 abgeschlossen.

23) Vgl. Cherif Ouazani, „Bouteflika face aux syndicats“, in: *Jeune Afrique/L'Intelligent*, Nr. 2047. April 2000. S. 30-32.; sowie C. Ouazani, „Peut-on vendre la Sonatrach“, in: *Jeune Afrique/ L'Intelligent*, Nr. 2042. Februar 2000. S. 82/83.

24) Vgl. zur These der Libanisierung Juan Goytisolo, *Ein algerisches Tagebuch*, Frankfurt/Main 1994, S. 119.